

## Podium III: Sozialer Zusammenhalt: Demografie, Arbeitsplätze und Staatsverschuldung

-

### Kernthesen Dr. Uwe Schroeder-Wildberg, Vorstandsvorsitzender der MLP AG

**1. Deutschland altert und schrumpft ungebremst. Diese Entwicklungen verschärfen die bereits bestehenden Belastungen der Sozialsysteme. Gerade beim Thema Demografie gibt es nach wie vor zu viele Sonntagsreden und zu wenig konkretes Handeln.**

Die deutschen Staatsschulden sind 2012 um 1,5 Prozent gewachsen. Die Schuldenquote stieg damit auf 81,9 Prozent des BIP. Obwohl die Steuereinnahmen des Bundes 3,4 Prozent über dem Vorjahr lagen, übertrafen die Ausgaben die Einnahmen. Der größte Teil dieser entfällt auf das Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Mehr als jeder dritte Euro fließt 2013 auf diesem Weg in die Sozialkassen – Tendenz weiter zunehmend. Denn die Zahl der älteren Bürger steigt durch die kontinuierliche Zunahme der Lebenserwartung. Damit wächst der Empfängerkreis für Mittel aus den sozialen Sicherungssystemen. In Verbindung mit anhaltend geringen Geburtenraten, die ein wesentlicher Faktor für den Bevölkerungsrückgang sind, sinkt gleichzeitig die Zahl der erwerbstätigen Beitragszahler. Durch dieses demografische Dilemma wird die Finanzierung der Sozialkassen in Zukunft immer prekärer und eine Lösung des Schuldenproblems erschwert.

**2. Gleichzeitig fehlen Fachkräfte und Kita-Plätze, was die Ausschöpfung des Erwerbspotenzials behindert und das Wirtschaftswachstum reduziert. Damit werden wichtige Stützen des Sozialsystems geschwächt.**

Dem Bevölkerungsrückgang steht ein hoher Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften aus der Wirtschaft gegenüber. Ende April 2013 fehlten deutschen Unternehmen etwa 119.000 MINT-Fachkräfte. Damit entfällt bereits jede zweite offene Fachkraftstelle auf Qualifikationen in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Dass es bei der Bildung insgesamt hakt, spüren immer häufiger Personalverantwortliche in Unternehmen, die eine stetige Abnahme der Bewerberqualität beklagen. Offene Stellen können nicht adäquat besetzt werden – das wird umso problematischer für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands, da die Sozialausgaben von immer weniger Schultern gestemmt werden müssen. Ebenso nachteilig für das deutsche Sozialsystem ist der Mangel an Kita-Plätzen. Die fehlenden Möglichkeiten der Kleinkindbetreuung hindern Frauen am flexiblen Wiedereintritt in den Beruf oder sind sogar der Grund, den eigenen Kinderwunsch hinter die Karriere zurückzustellen. Die volkswirtschaftlichen Folgen sind in beiden Fällen negativ.

**3. Der politische Gestaltungswille sollte sich vor allem auf die Ursachen fokussieren, um eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung zu erreichen.**

Investitionen in Bildung und Betreuung sind aktive Maßnahmen, um den Folgen des demografischen Wandels entgegenzutreten und gleichzeitig das Sozialsystem zu stärken. Trotzdem bleibt es fraglich, wie die mit der Schuldenbremse festgelegte Begrenzung der Neuverschuldung ab 2016 erfüllt werden soll, wenn mit neuen sozialen Wohltaten wie der Mütterrente die Sozialkassen weiter aufgebläht werden. Vielmehr sollte der mit den großen Rentenreformen der vergangenen Jahre eingeschlagene Weg, die Sozialsysteme an der demografischen Entwicklung auszurichten, unbedingt beibehalten werden. Maßnahmen wie die sukzessive Absenkung des Rentenniveaus, die Einführung der nachgelagerten Besteuerung und die Erhöhung des Renteneintrittsalters haben das System der gesetzlichen Rentenversicherung bereits stabilisiert – und damit auch die Belastungen für den Staathaushalt begrenzt. Diskussionen, zum Beispiel die Rente mit 67 wieder abzuschaffen, sind daher unsinnig. Wenn überhaupt sollten wir über die Rente mit 69 diskutieren. Das wäre für den Bürger ehrlicher.

#### **4. Die Zukunft Deutschlands lässt sich nur sichern, wenn das Umlagesystem nicht weiter überstrapaziert und den Bürgern mehr Eigenverantwortung abverlangt wird.**

Die Ausgaben des Bundes für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nehmen 2013 71,6 Prozent des Budgets des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ein. 2012 lag dieser Anteil mit 66,5 Prozent deutlich darunter. Die Zunahme der Bundeszuschüsse in die Rentenversicherung verdeutlicht, welche Mittel das Umlagesystem bindet – und damit anderen wichtigen Investitionsvorhaben zur Zukunftssicherung entzieht. Der Weg zu nachhaltigen Staatsfinanzen kann nur mit der Begrenzung dieser Sozialausgaben gelingen. Um die Staatsschuldenquote in den Griff zu bekommen, ist ein nachhaltiger Bewusstseinswandel in der Bevölkerung nötig. Denn der Staat kann mit Sozialleistungen wie der gesetzlichen Rente lediglich eine Basisabsicherung garantieren. Den gewohnten Lebensstandard im Alter zu halten, verlangt mehr Eigeninitiative. Die Regierung hat deshalb das politische Ziel ausgeschrieben, die ergänzende kapitalgedeckte Altersvorsorge noch stärker in der Breite zu etablieren – was bislang nur teilweise erreicht worden ist. Zudem ist es nicht nachzuvollziehen, dass die staatlichen Förderungen durch die Inflation von Jahr zu Jahr an Attraktivität verlieren. Hier wäre es sinnvoll, wenn die Höhe der Fördersätze zumindest sukzessive die Inflation bei den betreffenden Vorsorgeprodukten ausgleichen würde. Auch in der Krankenversicherung führen Diskussionen über die Bürgerversicherung in die falsche Richtung. Es führt kein Weg an mehr privater Absicherung vorbei.